



Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 12.

Charlottenburg, Freitag, den 22. März 1918.

Jahrg. 45.

Zur Frage der künftigen Arbeitsentlohnung.

Zu vorstehendem Thema nimmt in Nr. 10 „Keramische Rundschau“ Herr M. Köster aus Rodach noch einmal das Wort, um sich mit den Beurteilungen abzufinden, die seine Darlegungen unter gleichem Titel in Nr. 4 „Keramische Rundschau“ gefunden haben. Außer der ablehnenden Kritik, die wir in Nr. 7 „Die Ameise“ an dem Vorschlage des Herrn Köster geübt, sind ihm aus den Kreisen der Unternehmer neben zustimmenden auch ablehnende Beurteilungen zugegangen.

In unsern Ausführungen in Nr. 7 unseres Blattes bemängelt Herr Köster, daß sie von kleinlichem, persönlichen Uebelwollen und wenig Verständnis für den Inhalt seiner Ausführungen getragen sind. Obwohl selbstverständlich, wollen wir doch bemerken, daß uns nichts ferner liegt, als ein Uebelwollen gegen die Person des Herrn Köster. Dazu hätten wir auch wirklich nicht die geringste Veranlassung. Soweit wir uns mit Herrn Köster befaßt haben, ist das nicht geschehen in Ansehung seiner Persönlichkeit, sondern der von ihm vertretenen Auffassungen und Grundsätze, seines Verhältnisses zu der Arbeiterschaft und deren Organisation, der Einrichtungen seines Betriebes usw. Den Vorwurf mangelnden Verständnisses für den Inhalt der Köster'schen Ausführungen brauchen wir nicht allzu tragisch zu nehmen. Wenn wir uns einer Retourkutsche bedienen wollten, müßten wir sagen, daß es Herrn Köster als einem Manne, der nach seiner eigenen Erklärung sein Leben lang für das Wohl der Arbeiterschaft gekämpft hat, bis heute noch nicht gelungen ist, sich in die Auffassungen und in die Ideenwelt eines denkenden Arbeiters von heute hineinzuversetzen. Es sind eben tiefgehende Meinungsverschiedenheiten prinzipieller Natur, die uns trennen. Nach allem, was wir über die Auffassungen des Herrn Köster zur Arbeiterfrage in Erfahrung bringen konnten, haben wir den Eindruck gewonnen, daß er auf dem Standpunkt steht, dem Arbeiter sei hinreichend geholfen, wenn er einen Unternehmer gefunden, der in väterlicher Weise für ihn sorgt. Der Unternehmer, als Vater der Fabrikfamilie, soll sich verpflichtet fühlen, nicht nur für sich und seine eigene Tatsache, sondern auch für seine Kinder, die Arbeiter zu sorgen. Daß bei dieser Familienversorgung der Löwenanteil dem Vater gebührt, entspricht der patriarchalischen Auffassung, daß die Kinder nicht durch die Bank alle gleichmäßig behandelt und versorgt werden können, ist ebenfalls selbstverständlich. Der Arbeiter soll in alle Zukunft der bevorzugte und vom Vater geführte Sohn bleiben, der seinen ganzen Ehrgeiz nur darin zu suchen hat, vom Vater als braver Sohn anerkannt zu werden. Natürlich darf der Arbeiter, als Sohn der Fabrikfamilie, nichts tun, was dem Vater mißfällt, wenn er nicht etwa riskieren will, die väterliche Strenge zu verspüren. Im Familienrat (in Rodach nennt man ihn wohl Arbeiterausschuß) hat der Vater ein gewichtiges Wort zu reden, und wenn der eine oder andere Sohn etwa einmal vor den Familienrat zitiert wird, weil er Seitensprünge gemacht, mit denen der Vater nicht einverstanden, dann darf er sicher sein, daß er dort nichts gegen den Willen des Vaters durchsetzen kann.

Solchen altväterischen Standpunkt teilen wir eben nicht. Ganz abgesehen davon, daß wir schon in dem einen Punkte,

betreffend die Versorgung der Familie durch den Vater, auf einem ganz entgegengesetzten Standpunkte stehen, lehnen wir grundsätzlich die Rolle ab, die dem Arbeiter hier zugewiesen werden soll. Der Arbeiter und die Arbeiterin haben nach unserer grundsätzlichen Auffassung vollkommen selbständig darüber zu entscheiden, in welcher Art sie ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen wahrnehmen wollen und kein Unternehmer ist berechtigt, ihnen in diese Angelegenheiten hineinzureden. So wenig der Arbeiter berechtigt ist und sich jemals herausnehmen wird, einem Unternehmer vorschreiben zu wollen, in welcher Organisation er seine wirtschaftlichen, in welcher Partei er seine politischen Interessen verfechten soll, so wenig ist das umgekehrt zu billigen, wenn Unternehmer den Arbeitern darüber Vorschriften glauben machen zu dürfen. Der Arbeiter hat ein Interesse an möglichst günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Jeder denkende Arbeiter von heute weiß aber auch, daß er solche nur erreichen kann, wenn er sich zu diesem Zwecke mit seinesgleichen in der beruflichen Organisation zusammensindet. Jeder denkende Arbeiter von heute hat ein Interesse daran, diejenige politische Partei zu unterstützen, die nach seiner Auffassung allein die politischen Interessen der Arbeiterschaft vertritt, für eine gleichmäßige Behandlung der Arbeiter mit allen übrigen Volksgenossen durch die Verwaltung und Gesetzgebung eintritt. Jeder denkende Arbeiter von heute weiß aber auch, daß die Zeiten für solches patriarchalisches Fabrikverhältnis endgiltig vorüber sind, daß der moderne Betrieb, der mehr und mehr zum Großbetrieb übergeht, keinen Raum bietet für Zustände, wie sie Herrn Köster vorzeichnen. Wir meinen, auch Herr Köster würde in einige Verlegenheit kommen, wenn er uns klar machen sollte, wie er sich die Sache denkt, wenn etwa die Aktiengesellschaft Krupp in Essen, oder die Siemens-Schuckert-Aktiengesellschaft, oder die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft dazu übergehen sollte, die Arbeiter nicht nur am Erträgnis, sondern auch am Besitze dieser Riesenbetriebe zu beanteilen.

Das System der prozentualen Lohnnachzahlungen, oder wie es Herr Köster nennt, die Beanteilung am Erträgnis der Fabriken, besteht ja außer Rodach in einer ganzen Anzahl von Betrieben. Daß dieses System aber lediglich aus dem Grunde eingeführt wurde, um den Arbeitern ein besonderes Wohlwollen zu beweisen, wird niemand behaupten wollen, der die Verhältnisse näher kennt. Sagt doch selbst Herr Köster: „Tatsächlich steht bisher fest, daß die Leistungen der Fabriken, welche ihre Arbeiter am Gewinne beanteilen, sich im Werte gesteigert haben und daß trotz dieser Beanteilung der Gewinn des Unternehmers selbst gegen früher eine Minderung nicht erfahren hat.“

Es wird uns auch zum Vorwurf gemacht, daß wir ein schiefes Bild entworfen haben von der Verteilung des Reingewinns an die Firma, Beamten und Arbeiter, weil wir nur das eine Jahr 1912 herausgegriffen hatten für unsere Beweisführung. Wir haben uns die Zahlen deshalb noch einmal angesehen, können aber zu einem andern Urteil nicht gelangen. Wir wollen heute die Gesamtzahlen für 15 Jahre, die Herr Köster selbst geliefert hat, anführen und es dann unsern Lesern überlassen, zu welchen Schlüssen sie gelangen. Zunächst stellen wir die Erklärung fest, die Herr Köster dafür gibt, was als Reingewinn zu betrachten ist. Es heißt da: „Wir gewähren dem Anlage- und Betriebskapital der Unternehmung das zur

Bestandhaltung nötige durch einfache Verzinsung und durch sachliche Abschreibungen und geben ihm einen Rückhalt für Wechselfälle durch Rücklagen in Reservefonds. Was dann beim jährlichen Abschluß von dem buchmäßigen Ertragnis übrig bleibt, das ist der Reingewinn."

Dieser Reingewinn betrug in den Jahren 1898 bis 1912, also in 15 Jahren zusammen 821 384,11 Mark. Davon erhielten die Arbeiter in bar als Lohnnachzahlungen insgesamt 148 686,— Mark, die Beamten in bar 104 255,— Mark. Außerdem wurden aus dem Reingewinn überwiesen der Arbeiternotkasse 27 386,69 Mark, der Beamtenhilfskasse 34 870,82 Mark, 44 187,34 Mark dem Ergänzungsfonds für Arbeiterlohnnachzahlungen, Zuschuß für Arbeiterlohnzahlungen, Zuschuß für Angestelltenversicherung, Fonds zur Unterstützung von Arbeiterfamilien im Kriegsfall. Der Gesamtgewinnanteil der Firma betrug dann noch 467 997,76 Mark. Diese Zahlen erweisen, daß die Beamten, die im Durchschnitt nur 8 Prozent des Gesamtpersonalbestandes ausmachen, 41 Prozent des zur Verteilung gelangten Gesamtgewinnanteiles erhalten haben, und zwar in bar. Während für die Beamtenhilfskasse (am Ende des Jahres 1912 war der höchste Beamtenstand mit 35 erreicht) 34 870,— Mark überwiesen wurden, erhielt die Arbeiternotkasse (Ende 1912 waren rund 400 Arbeiter in der Kobacher Fabrik beschäftigt) 27 386 Mark. Diese Zahlen sind es, die uns die Auffassung aufdrängen, daß die Arbeiter schon den Beamten gegenüber im Nachteil sich befinden bei der Verteilung des Gesamtertragnisanteiles, ganz zu schweigen davon, daß die größere Hälfte des Gesamtgewinns ohne weiteres der Firma zugeflossen.

Herr Kössler sagt ferner, er wolle dahingestellt sein lassen, ob unsere Behauptung, daß das Unternehmertum der feinkeramischen Industrie ganz allgemein das Gewinnergebnis der Betriebe auf Kosten der Arbeiterlöhne gesteigert habe, für andere Fabriken zutreffend sei oder nicht, auf jeden Fall treffe es für seinen Betrieb nicht zu. Nun — wir haben ja nicht nur eine Behauptung aufgestellt, sondern den zahlenmäßigen Nachweis für unsere Behauptungen erbracht. Daß in der Kriegszeit, nach dem anfänglichen Darniederliegen, die Feinkeramik eine geradezu glänzende Geschäftsperiode durchmacht, wird von keinem Kenner bestritten werden können. Die Abschlüsse der Aktiengesellschaften in der Porzellan- usw. Industrie für das vergangene Jahr beweisen auch mit aller Deutlichkeit, daß „verdient“ wird, wie selten zuvor. Die Arbeiter können das allerdings nicht von sich sagen, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß auch ihre Verdienste sich gesteigert haben. Die Arbeiterschaft hat mit gutem Recht zu fordern, einen gerechteren Anteil als Lohn für ihre Arbeit von den glänzenden Geschäftsergebnissen zu erhalten.

Es ist nicht uninteressant, zu erfahren, welche Motive die einzelnen Unternehmer geleitet haben, die bisher die sogenannte Gewinnbeteiligung eingeführt hatten. Einer von diesen sagt in seiner Zuschrift an Herrn Kössler zum Beweise dafür, daß die Gewinnbeteiligung sich nicht bewährt habe, daß die Arbeiter des Zeitwerkes in Jena, trotz der Beanteiligung am Betriebsgewinn, sich am letzten Demonstrationstreik beteiligt haben. Man hat in Kreisen der Unternehmer gehofft, die Arbeiter würden der „Sozialdemokratie“ fernbleiben, wenn sie in einem Betriebe arbeiten, in dem die Gewinnbeteiligung eingeführt ist. Selbst Herr Kössler sagt, einer der Gründe, aus denen die Arbeiter und Angestellten sich der Sozialdemokratie anschließen, ist die Hoffnung, daß sie mit Hilfe dieser mächtigen Partei ihre Lohn- und Anstellungsverhältnisse verbessern können. Mit Einführung der Ertragnisbeteiligung würde dieser Grund hinfällig werden.

Eine Verbesserung der Lohn- und Anstellungsverhältnisse können die Arbeiter nur durch ihre wirtschaftlichen Organisationen erreichen, aber nicht durch die politische Organisation, durch die Sozialdemokratie. Das weiß heute nachgerade jeder Arbeiter und Angestellte, der das Bedürfnis verspürt, für eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage einzutreten.

Das sind aber nur Argumente, die jeden denkenden Arbeiter zu der Ueberzeugung bringen müssen, daß das Unternehmertum im allgemeinen weit entfernt ist von einer Fürsorge für die Arbeiter aus reinem Idealismus. Jede Maßnahme, jede Neueinrichtung, geschieht in 99 von 100 Fällen als von der Besorgung diktiert, den Profit sich ungehindert zu erhalten. Jede Maßnahme, die nicht diesem Zwecke dient, wird als unbrauchbar abgelehnt. Das Unternehmertum weiß sehr gut, daß das Kösslerische System der Gewinnbeteiligung kein Mittel ist, womit die Arbeiterschaft im allgemeinen für längere Dauer von der Verfolgung ihrer berechtigten Ziele

abzubringen sein könnte. Deswegen findet Herr Kössler auch mit seinen Vorschlägen so wenig Gegenliebe von der Unternehmenseite!

Wenn Herr Kössler aber hofft, daß die Reichsregierung sich kaum entgehen lassen wird, die Einführung der Beanteiligung der Arbeiter und Beamten am Betriebsgewinn, im Anschluß an die bisherige soziale Gesetzgebung in Erwägung zu ziehen, weil dieses Mittel eine so einfache und gute Maßregel zur Hebung des Volkswohlstandes und zur Beseitigung oder Verhütung von Unzufriedenheit sei, so dürfte er auch hier nicht vor Enttäuschungen bewahrt bleiben. Wir können uns noch nicht denken, daß die Reichsregierung sich mit solchen Vorschlägen vor der Öffentlichkeit sehen lassen könnte. Was die Arbeiter wollen und von der Gesetzgebung erwarten, weiß die Reichsregierung zur Genüge. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben durch ihre oberste Vertretung, die Generalkommission der Gewerkschaften, der Regierung eine Denkschrift überreichen lassen, in der die sozialpolitischen Forderungen niedergelegt sind. Darin sind 18 Programmpunkte enthalten, die Forderung auf Einführung der Ertragnisbeteiligung ist nicht darunter.

Dafür wird aber u. a. verlangt, die gesetzliche Sicherung des Vereinigungs- und Streikrechts gegen behördliche und private Verbote und Beschränkungen, die Errichtung von Arbeitskammern, eines Reichsvereinigungsamtes, Landes- und Bezirks-Einigungsämter, Reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung, Einführung einer Reichsarbeitslosen-Versicherung, Ausbau des Arbeiterschutzes, insbesondere des Schutzes der Jugendlichen und der Frauen usw.

Was die Arbeiterschaft verlangt, ist in wenige Worte zusammengefaßt, freie Bahn, um sich auf dem geordneten und gesetzmäßigen Wege den Aufstieg zu einer höheren Kulturstufe erkämpfen zu können. Um dieses Ziel erreichen zu können, bedürfen sie der Hilfe der wirtschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen, die von den Arbeitern selbst geschaffen und verwaltet werden, eigens zu dem genannten Zweck.

Lohnbewegungen der Porzellanarbeiter.

Der „Fachgenosse“, Organ des Verbandes der Glasarbeiter, bringt zu unserer Lohnbewegung und dem Verhalten der Unternehmer hierzu, die nachstehenden Ausführungen:

Der Verband der Porzellanarbeiter hat eine allgemeine Lohnbewegung eingeleitet, um die Lebenshaltung der Arbeiter und Arbeiterinnen zu bessern. Das Vorgehen der Organisation ist um so begreiflicher, wenn man in Erwägung zieht, daß die Lohnverhältnisse in der Porzellanindustrie zu den trostlosesten der Industriearbeiter gehören. Da der Schutzverein deutscher Porzellanfabriken sich der Forderung gegenüber ablehnend verhielt, wandte sich die Organisation der Arbeiter an das Reichswirtschaftsamt mit dem Ersuchen, Verhandlungen auf zentraler Grundlage einzuberufen, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse näher begründet, und der Weg zu einer friedlichen Verständigung geebnet werden sollte. Der Schutzverein hat die Verhandlungen auf zentraler Grundlage mit dem Bemerkten abgelehnt, daß die Regelung der Lohnverhältnisse den einzelnen Unternehmern überlassen bleiben muß, gegebenenfalls unter Hinzuziehung der Arbeiterausschüsse erfolgen könne.

Die Industriellen zeigen mit dieser Antwort keineswegs einen weiten Blick für die Lage der Industrie und ihrer Arbeiter. Wissen denn die Industriellen nicht, daß die Arbeiter und vornehmlich die Arbeiterinnen nicht immer die Kraft in sich fühlen, zu sagen, wie es mit ihrer Lebenshaltung beschaffen ist? Wir kennen besonders in der Porzellanindustrie viele Arbeiterkreise, die lieber unter den größten Entbehrungen dahinziehen, denn leben kann man ein solch vegetieren nicht nennen, als ernste Schritte zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu unternehmen. Damit können die Porzellanindustriellen jedenfalls zu rechnen und sich der Auffassung hinzugeben, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen zu schwach sind, einen ersten Widerstand zu leisten. Wir sind anderer Auffassung, denn auch die Porzellanarbeiter haben große Kämpfe geführt und in der Porzellanindustrie liegen die Verhältnisse so trüb, daß das Wort zur Tatsache werden kann, Not kennt kein Gebot. Dann werden sicher die Industriellen die Verantwortung ablehnen wollen, aber sie sind es, die jeder friedlichen Verständigung sich entgegenstellen und die

Verantwortung zu tragen haben, wenn sich Dinge ereignen sollten, die aus tiefer sozialer Not der Arbeiter und Arbeiterinnen geboren sind.

Das Verhalten der Porzellanindustriellen erscheint uns recht sonderbar. Wiegen die Verhältnisse tatsächlich so — aber daran glauben wir nicht, daß die Industriellen nicht in der Lage sind, Zugeständnisse zu machen — so hätte es ihnen angenehm sein müssen, dem Reichswirtschaftsamt dafür den Nachweis zu liefern, daß die Forderungen über ihre Kraft gehen und die Industrie unter schlechten Verhältnissen arbeitet. Die Industriellen hätten dann unantastbar dagestanden, wenn ihnen dieser Nachweis gelungen wäre. Nachdem sie aber die Verhandlungen vor dem Reichswirtschaftsamt ablehnen, müssen wir annehmen, daß sie sich um die Gewährung höherer Löhne herumdrücken. Das ist tief bedauerlich. Tief bedauerlich im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Lohn und Arbeitsverhältnisse geradezu als trostlos bezeichnet werden müssen, tief bedauerlich aber auch im Interesse der Industrie. Die Löhne, die in der Porzellanindustrie bezahlt werden, reichen bei weitem nicht aus, um den Körper widerstandsfähig zu erhalten und daraus ergibt sich, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen an Unterernährung leiden. Eine Industrie kann aber nur dann stark und leistungsfähig sein und bleiben, wenn sie über einen guten und gesunden Arbeiterstamm verfügt. Wenn also die Porzellanindustriellen die geringen Lohnforderungen ablehnen, so schaffen sie damit selbst eine Arbeiter-schicht, die einmal nicht in der Lage ist, allen Anforderungen gerecht zu werden; zweitens rauben sie aber der Arbeiterschaft die Schaffensfreude; denn einer schlecht entlohnten und ungenügend ernährten Arbeiterschaft fehlt die Liebe zur Industrie. Die Arbeiter haben aber nur dann ein hohes Interesse an dem Bestand und einer günstigen Entwicklung einer Industrie, wenn ihnen diese ausreichenden Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt werden, aber sie werden jedes Interesse verlieren, wenn ihnen die Industriellen den Aufstieg aus tiefer sozialer Not unmöglich machen. Sollte dieser Gedanke nicht die Pflicht für die Industriellen in sich schließen, sich der intelligenten und fleißigen Arbeiterschaft für die Friedenszeit zu sichern?

Die Porzellanindustriellen haben den Weg der friedlichen Verständigung abgelehnt. Die Ablehnung läßt jedes tiefe Verständnis für die soziale Not der Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen vermissen. Dabei sind die Porzellanarbeiter in ihren Forderungen am genügsamsten von allen Arbeitern und Arbeiterinnen der gesamten Industrie gewesen. Wir können feststellen, daß wohl in keinem zweiten Industriezweig so geringe Steuerungszulagen gewährt wurden, wie gerade in der Porzellanindustrie. Das sollte aber auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen ein weit größerer Ansporn sein, ihre Organisation zu kräftigen. Die Ablehnung des Schlichterverbandes muß jedenfalls helle Empörung in allen Kreisen der Porzellanarbeiter hervorrufen und mit dem Ruf „Nun erst recht“ werden die Porzellanarbeiter für ihre heiligsten Rechte eintreten müssen.

Arbeitslohn und Arbeitszeit nach dem Kriege.

In einer vom „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ nach dem „Rheingold“ in Berlin einberufenen Versammlung sprach der bekannte Münchener Nationalökonom, Professor **Lugo Brentano** über vorstehendes Thema. Er führte aus:

So wahr es ist, daß während des Krieges die Arbeitslöhne beträchtlich gestiegen sind, so wird diese Tatsache doch zu sehr verallgemeinert und überschätzt. So sind im Dortmunder Industriebezirk die Löhne von 1913 bis 1917 um 57 Prozent gestiegen, was gar keinen Ausgleich im Verhältnis zur **Leuerung** darstellt. Wichtig ist, daß weiteste Arbeiterfreie unter großen Entbehrungen ihr Leben fristen. Dazu kommt, daß die Arbeitszeit beträchtlich erhöht wurde und die Schutzgesetzgebung ganz außer Rand und Band ist. Hier muß das Ende des Krieges unbedingt eine Neuordnung bringen.

Es gibt Leute genug, die nach dem Kriegsschluß kurzweg die Löhne herabsetzen wollen, über die Arbeitszeit schweigen sie sich aber aus. — Der Krieg hat eine Ansammlung von Werten vernichtet, nur durch sparsames, ausdauerndes und rationelles Wirtschaften können wir wieder emporkommen. Die Herabsetzung der Löhne aber würde als Gegenwirkung Kämpfe und Streiks hervorrufen und damit eine schwere **Lähmung** des Wirtschaftslebens herbeiführen. Die Volkswirtschaftler des 17. und 18. Jahrhunderts waren der Ansicht, nur durch wenig Lohn und lange Arbeitszeit könne eine hohe Arbeitsleistung

erzielt werden. Dieser merkantilistischen Auffassung stellte sich später eine andere, zuerst von **Adam Smith** vertretene, entgegen, die gerade von dem Anreiz hoher Löhne und der gutem Erholung nach kurzer Arbeitszeit eine hohe Arbeitsleistung erwartete. Praktische Versuche bewiesen auch die Richtigkeit der letzten Behauptung, ein englischer Volkswirt stellt direkt nach praktischen Erfahrungen den Satz auf: Niedrige Arbeitszeit, hoher Lohn gleich billige Produktion, und umgekehrt. Selbst ein Mann wie **Freiherr v. Gamp**, der kaum im Geruch der Arbeiterfreundlichkeit stehen dürfte, ließ sich lieber Steinträger von Berlin kommen, die 4 Mark den Tag kosteten, nur weil er mit ihnen beim Bauen besser fuhr als mit pommerschen Steinträgern, die nur 1,50 Mark pro Tag kosteten. — Bei **Zeiß** in Jena wurde festgestellt, daß bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden der Verdienst pro Stunde bei **gleichen** Arbeitsbedingungen von 61,9 Pfennig auf 71,9 Pfennig stieg, eine Steigerung der Intensität von 100 : 116,2.

Der Arbeiter ist eben kein Mechanismus, sondern ein **Organismus**, und seine Leistung ist von physischen und psychischen Bedingungen abhängig, die man nicht mit den mechanischen einer Maschine vergleichen kann. Werden an einen Menschen Anforderungen gestellt, die über das täglich zu ersehende Energiemaß hinausgehen, so tritt Ermüdung und schließlich Erschöpfung, bei dauernder Ueberanstrengung **Entartung** ein.

Allerdings kann auch die andere Grenze gezogen werden, daß eine zu große Pause zwischen den Arbeitszeiten eine nachteilige Unterbrechung der **Uebung** zur Folge hat. Die Vertreter dieser Annahme berufen sich auf Erfahrungen im Osten und Orient. Dazu bemerkte der Redner: Diese Behauptung ist richtig, wenn sie eine **Bedürfnislosigkeit** voraussetzt, die der moderne europäische Arbeiter nicht mehr kennt. Der heutige Arbeiter steht in einer Tätigkeitsphäre, die ihn in Spannung hält, besonders den großstädtischen, der übrigens seine Freizeit gesitteter zu verbringen weiß als der Arbeiter der Provinz. —

Des weiteren bewies Prof. **Brentano**, daß die Gewährung hoher Löhne und kurzer Arbeitszeit Grundlagen des **technischen Fortschritts** und der **rationalen Betriebsführung** sind. Das **Lathorstem** wird aber von den Arbeitern mit Recht als ein **Kaubau** an ihrem Leben betrachtet. Das heruntergebrachte Europa kann nur durch **Menschenökonomie** wieder in die Höhe kommen. Der unerläßliche erste Schritt dazu ist die Festsetzung von Arbeitslohn und Leistung zur Sicherung des Wohlergehens der Arbeiterschaft.

Aus unserm Berufe.

Die **Arbeitslosenziffer** ist in unserm Verbands auch im Januar weiter gestiegen. Arbeitslos waren am Ende der letzten Woche des Monats Januar 87 männliche und 334 weibliche Mitglieder, zusammen 421. Bei den männlichen Mitgliedern betrug die Zahl der Arbeitslosen 3,9 v. H., bei den weiblichen 12,9 v. H., im Durchschnitt 8,7 v. H. gegen 5,6 v. H. am Ende des Monats Dezember 1917. Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer in allen 34 Verbänden, die für den Monat Januar an das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, berichtet haben, betrug 0,9 v. H. In unserm Verbands steht diese Ziffer demnach ganz erheblich über dem Durchschnitt. Nach Landesteilen geordnet, betrug Ende Dezember die Arbeitslosenziffer in unserm Verbands: In Berlin und Brandenburg 0,4 v. H., in Bosen und Schlesien 5,7 v. H., in Provinz Sachsen und Anhalt 1,4 v. H., in Bayern (rechtsrheinisch) 6,9 v. H., in Thüringen und Königreich Sachsen 5,8 v. H. Die alleinige Schuld an dem Wiederanschwellen der Arbeitslosenziffer trifft unseres Erachtens den herrschenden **Kohlenmangel**, der in den Monaten Dezember und Januar besonders scharf in Erscheinung trat.

Diese Auffassung wird auch bestärkt durch den Bericht des **Königlich Bayerischen Statistischen Landesamts**, in dem gesagt wird: Von dem **Kohlenmangel** wurde u. a. besonders auch die Porzellanindustrie betroffen, die (in Oberfranken) zahlreiche größere Aufträge hatte, die günstige Geschäftslage aber nur in beschränktem Maße ausnützen konnte.

In den Berichten der Industrie wird zur Geschäftslage gesagt: Für die Porzellanindustrie hat weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung stattgefunden. Der Geschäftsgang gestaltete sich auch im Vergleich zum Vorjahre unverändert gut.

In den Steingutfabriken entsprach die Tätigkeit im Januar ungefähr der des Vormonats und des Vorjahres. Der Bedarf an **Gebrauchsgeschirren** war fortgesetzt stark.

Die ersten Berichte, die über den Verlauf der am 4. März begonnenen Frühjahrsmesse in Leipzig vorliegen, lassen erkennen, daß die Nachfrage nach Erzeugnissen der Porzellan- und Steingutindustrie nach wie vor unvermindert stark ist. Bei der günstigen Position sind die Industriellen in der angenehmen Lage, sich bei Festsetzung der Verkaufspreise Rücksichten und Beschränkungen irgendwelcher Art nicht auferlegen zu brauchen. Alle unsere Kollegen mögen diese Tatsachen zur Notiz nehmen und ihre Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Breslau. Als ehrende Anerkennung für treugeleistete Dienste in der Fabrik technischer und sanitärer Steingutwaren wurde den Formern G. Sachwitz, F. Krahl, dem Maurer W. Brückner, sowie dem Werkmeister August Musick je eine goldene Uhr, dem Arbeiter J. Verche ein ansehnliches Geldgeschenk nach einer kermigen Ansprache durch Herrn Direktor Drelse überreicht.

Die drei erstgenannten konnten auf eine 40jährige, die zwei letzteren auf eine 25jährige Tätigkeit bei genannter Firma zurückblicken. Von einer öffentlichen Feier wurde der Kriegslage rechnungstragend abgesehen.

Annaburg. Die Direktion der „Annaburger Steingutfabrik“ erhöhte ab 4. März die Feuerungszulagen für sämtliche Arbeiter von 30 auf 35 Prozent. Außerdem wurden in einigen Abteilungen die Stundenlöhne aufgebessert.

Altwasser. In der gestern stattgefundenen Sitzung des Schlichtungsausschusses mußte sich der Ausschuß in der ersten Verhandlung wieder einmal mit einer Beschwerde eines Beamten der Firma Tielisch in Altwasser beschäftigen. Ein Ruhm für diese Firma ist es sicher nicht, daß sie die einzige im Kreise ist, gegen die sich fortgesetzt die Beamten genötigt sehen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. War es doch bereits der dritte Beamte von dieser Firma, der gestern vor dem Ausschuß Klage führte. Der Geist, der bei dieser Firma vorhanden ist, bringt es eben mit sich, daß nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch unter den Beamten ein fortgesetztes Kommen und Gehen stattfindet. So wollte auch der Expedient G. der Abkehrschein haben. Seine Beschwerde begründete er damit, daß er eine bedeutend besser bezahlte Stellung antreten könne, und durch die verletzende Art der Behandlung, die ihm zuteil werde. Da jedoch im Gegensatz zu der letzten Beamtenbeschwerde dieser Firma eine direkte Beleidigung, die zum sofortigen Aufgeben des Dienstes berechtigt hätte, nicht vorlag, der Beschwerdeführer aber vierteljährliche Kündigung hatte, so mußte die Beschwerde abgewiesen werden, d. h. der Ausschuß erklärte sich für unzuständig und verwies den Kläger an das ordentliche Gericht. (Schlef. Bergwacht.)

Altwasser. Im Jahresbericht des Gewerkschaftsartikels für das Waldenburger Industriegebiet für das Jahr 1917 finden wir die bemerkenswerte Tatsache, daß die Porzellanarbeiter die verhältnismäßig stärkste Mitgliederzunahme aufzuweisen haben, nämlich eine Zunahme um 150%. Gleichzeitig wird aber auch konstatiert, daß in den Porzellanfabriken von Tielisch, Altwasser und Prause, Niedersalzbrunn, die Organisationsziffer eine ungünstige und durchaus ungenügende ist.

Staffel. Der Betrieb in der hiesigen Steingutfabrik ist wieder aufgenommen. Verheirateten Arbeitern wird eine Feuerungszulage von 20%, unverheirateten von 10% gewährt.

Aus andern Verbänden.

Lohnforderungen in der Glasindustrie. Auf Drängen der Mitglieder hat der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter Deutschlands an den Schutzverband deutscher Glasfabriken, der die Beleuchtungs- und Weißglasindustrie umfaßt, folgende Forderungen eingereicht:

Eine Erhöhung der Löhne über Arbeiter und Arbeiterinnen, bis zu 60 M. wöchentlich, um 25%; von über 60 M. bis 80 M. wöchentlich um 10%.

An die Glaserindustriellen ist die Forderung gestellt, daß die Löhne um 25% erhöht werden sollen, und die gleiche Forderung ist den Glaserindustriellen zugegangen. Bei allen diesen Forderungen hat der Vorstand seine Bereitwilligkeit zur Verhandlung erklärt und dabei der Barock ausgedrückt, daß die Forderungen ab 1. April 1918 bewilligt werden mögen.

Der Vorstand ermahnt die Mitglieder, in eine umfassende Agitation für den Verband einzutreten. Im Jahre 1917 hat die Organisation eines Zuwachs von 2028 neuen Mitgliedern erfahren.

Zurzeit zählt der Verband 7059 Mitglieder, damit umfaßt er den Teil der Arbeiter, auf die es in der Industrie in allen Dingen ankommt.

Im **Glasarbeiter-Verband** treten am 1. April d. J. die Arbeitslosen- und Umzugsunterstützungen wieder in voller Höhe in Kraft; damit sind alle bei Kriegsausbruch beschlossenen Einschränkungen wieder aufgehoben.

Der **Verband der Böttcher** beruft seine 18. Generalversammlung ein zum 17. Juni nach Würzburg.

Im **Bildhauerverband** ist eine Beitragserhöhung von 6 und 85 Pfg. auf 0,85 und 1,10 M. durch Urabstimmung beschlossen worden.

Der **Verband der Deutschen Buchdrucker** beruft seine IX. (außerordentliche) Generalversammlung zum 27. Mai d. J. nach Würzburg ein.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode und Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Onkels, des Formengießers **Josef Dengler** sprechen wir allen Genossen und Genossinnen von der Zahlstelle Teltow unsern tiefgefühlten, wärmsten Dank aus.

Insbesondere danken wir dem Dreherpersonal für die Stellung der Träger, der Zahlstelle für die herrliche Kranzspende und die zahlreiche Beileid zur letzten Ruhestätte unseres teuren Entschlafenen.

In tiefer Trauer
Melissa Dengler geb. Vogl
Anton Dengler.

Arbeitsmarkt.

Zum sofortigen Eintritt werden gesucht:

**Ein Beherdreher, ein Tellerdreher,
ein Ovalformer, ein Unterglasurmaler,
ein Aufglasurmaler, ein Formeneinrichter.**

Porzellan-Manufaktur Burgau a. S.,
Burgau bei Jena.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für alle Abteilungen tüchtige
Arbeitskräfte:

**Dreher und Hilfsarbeiter, Gießer und Gießerinnen,
Kapselmacher, Schlämmer, Brenner, Glasurwärter,
Maler, Malerinnen, Schablonenschneider.**

Steingutfabrik Staffel, G. m. b. H.,
Staffel bei Limburg an der Lahn.

Oberbrenner gesucht.

Rheinsberger Steingutfabrik G. & C. Carstens,
Rheinsberg i. Markt.

Geschäfts-Anzeigen.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie
alle Malrückstände zum Einschmelzen**

kauft M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8 II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände
zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung**

Oskar Rottmann, Stadtbl.

**Goldhaltige Lappen — Asche — Schmier
Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen**

überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft

Max Haupt, Dresden-A., Böhmisch-Platz 17.

**Alle Malrückstände, Goldflaschen, gold-
haltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w.**

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.
Schnelle, reelle Bedienung.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Joh. Schneider Charlottenbg., Rosinenstr. 4

Berlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4

Druck von Otto Sörle, Charlottenburg, Wallstr. 22